

5 Fragen an Fr. Kim Sophie Bohnen (Die Linke)

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Kandidatin von Die Linke Baden-Württemberg bedanke ich mich für Ihre E-Mail.

Eine soziale und ökologische Forstwirtschaft sowie der Erhalt der biologischen Vielfalt sind zentrale Anliegen unserer Politik.

Auf Grundlage unseres Landtagswahlprogramms, unseres Bundestagswahlprogramms und weiterer bundespolitischer Positionen nehme ich zu Ihren sechs Punkten Stellung.

1. Schutzwald und Hochwasserschutz

Wälder leisten durch Wasserrückhalt, Bodenstabilisierung und Humusaufbau einen entscheidenden Beitrag zum Hochwasserschutz und zur Prävention von Erosion.

Frage: Wie wollen Sie die Schutzfunktion der Wälder in Baden-Württemberg angesichts zunehmender Starkregenereignisse konkret stärken? Werden Sie sich für eine Ausweitung von Schutzwaldflächen und eine prioritär auf Wasserrückhalt ausgerichtete Waldbewirtschaftung einsetzen?

Antwort:

Wir setzen uns für eine flächendeckende Überführung des Waldbestandes in artenreiche Dauerwälder ein, da eine hohe Artenvielfalt die Widerstandsfähigkeit der Wälder erhöht. Konkret fordern wir, im Staatswald 40 Prozent und in Privatwäldern 30 Prozent Dauerwald einzurichten. Zur Stärkung des natürlichen Hochwasserschutzes wollen wir Au- und Bannwälder ausweiten sowie Bach-, Flussläufe und trockengelegte Mooregebiete renaturieren. Waldbesitzer:innen sollen durch Schulungen und Beratungen zu Waldnaturschutz, Klimaanpassung und Wassermanagement aktiv unterstützt werden.

2. Brennholznutzung, Klimaschutz, Gesundheit, Feinstaubbelastung und CO₂-Senkenleistung

Die Holz- und Forstwirtschaft fordert mit der Unterstützung der verantwortlichen Politik die Erzeugung von Wärmeenergie in erheblichem Umfang durch das Verbrennen von Holzbeständen aus dem Wald zu decken. Dabei wird als Argument angeführt, dass die Verbrennung von Holz klimaneutral und nachhaltig sei, da es einerseits riesige Bestände an Holz in unseren Wäldern gäbe und andererseits das entnommene Holz in kürzester Zeit wieder nachwächse.

Das Umweltbundesamt (UBA) dagegen beurteilt die Verbrennung von Holz aus dem Wald als nicht klimaneutral und nachhaltig. Bei der Verbrennung von Holz werden zeitgleich alle Emissionen wie CO₂, Feinstaub, Stickoxide und Kohlenstoffverbindungen freigesetzt und gelangen somit unmittelbar in die Umwelt. Dadurch unterscheidet sich die Verbrennung von Holz in keinsten Weise von der Verbrennung der bisherigen fossilen Brennstoffe wie beispielsweise Gas. Zudem hat Holz beispielsweise im Vergleich zu Gas eine schlechtere Energie- und auch CO₂-

Bilanz. Hinzu kommt, dass die nachwachsenden Bäume mehrere Jahrzehnte brauchen, bis sie wieder eine vergleichbare Umweltleistung erbringen können. Auch die negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit sind bei der Verbrennung von Holz im Vergleich zu Gas weitaus gravierender.

Frage:

Wie bewerten Sie diesen offensichtlichen Widerspruch zwischen der Forst- und Holzwirtschaft und der Entscheidung des Umweltbundesamtes? Bitte begründen Sie Ihre Antwort mit transparenten und damit nachvollziehbaren Argumenten, insbesondere unter Berücksichtigung der Aspekte zu menschlicher Gesundheit, Energie- und CO₂-Bilanz wie auch Klimaschutz.

Antwort:

Der Wald ist für uns in erster Linie ein wichtiger Klimaschutzfaktor, Lebensraum und eine zentrale CO₂-Senke. Holz ist ein wertvoller nachwachsender Rohstoff, der sorgsam in einer Nutzungskaskade verwendet werden muss, wobei die stoffliche, langlebige Nutzung absoluten Vorrang vor der energetischen Verwertung hat. Holz ist in der Regel zu schade, um verfeuert zu werden. Die Linke lehnt daher die Förderung von Holz als erneuerbare Energie in Biomasse-Anlagen sowie die Förderung von Brennholz für Kamine ab, da dies zu Waldvernichtung führt und negative Auswirkungen auf Klima und Gesundheit hat.

3. Reduktion von Rückegassen und schweren Forstmaschinen

Der Einsatz schwerer Forstmaschinen sowie ein dichtes Netz an Rückegassen führen zu Bodenverdichtung, verminderter Wasserspeicherfähigkeit und langfristigen Schäden an Waldökosystemen.

Frage: Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Bodenverdichtung zu reduzieren? Unterstützen Sie eine Verringerung des Rückegassenanteils sowie den verstärkten Einsatz bodenschonender Bewirtschaftungsformen?

Antwort:

Wir halten es für sinnvoll und wichtig, die Befahrung abseits der Rückegassen (wie etwa im FSC-Standard geregelt) strikt zu unterbinden, um eine weitere Bodenverdichtung zu vermeiden. Zudem muss weiterhin konsequent daran gearbeitet werden, die bewirtschaftete Holzbodenfläche, die als Rückegasse in Anspruch genommen wird, weiter zu minimieren.

4. Transparenz, Gemeinwohlorientierung und „Gute fachliche Praxis“

Wälder erfüllen auch nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1990 zahlreiche Gemeinwohlfunktionen (Ökologiepflichtigkeit des Waldeigentums). Die staatliche Forstpolitik fördert demnach nicht die Holzproduktion, sondern "die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts". Entscheidungen über Nutzung, Einschlagmengen, Forstpraxis und Förderpolitik betreffen die gesamte Bevölkerung.

Frage:

Wie wollen Sie Transparenz bei forstlichen Grundsatzentscheidungen, Planungen und Eingriffen verbessern und eine stärkere Gemeinwohlorientierung durch eine klare Neuformulierung einer "guten fachlichen Praxis" absichern, die Klima-, Boden-, Wasser- und Biodiversitätsschutz stärker gewichtet als Holzerträge?

Antwort:

Der Wald darf nicht länger einer privatwirtschaftlichen Profitlogik unterworfen werden. Stattdessen müssen wir alles für den dauerhaften Erhalt naturnaher Wälder tun. Für uns bedeutet Gemeinwohlorientierung ganz konkret: Im Kommunal- und Landeswald dürfen keinerlei Gewinne mehr abgeschöpft werden, stattdessen müssen alle Erträge vollständig in die Pflege und den ökologischen Waldumbau reinvestiert werden.

5. EU-Wiederherstellungsverordnung

Mit der EU-Wiederherstellungsverordnung verfolgt die Europäische Union ambitionierte Ziele zur Renaturierung geschädigter Ökosysteme.

Frage: Wie stehen Sie zur Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung in Baden-Württemberg? Werden Sie sich für eine ambitionierte, transparente und zügige Umsetzung im Wald einsetzen?

Antwort:

Natur- und Artenschutzabkommen müssen konsequent umgesetzt und die Mittel für den natürlichen Klimaschutz auf Bundesebene verdoppelt werden, um Ökosysteme wiederherzustellen. Auf Landesebene fordern wir, die Naturschutzstrategie umzusetzen, Natura2000-Gebiete besser zu schützen und naturferne Wälder in naturnahe Waldökosysteme umzuwandeln. Da Deutschland in Europa zu den Schlusslichtern bei streng geschützten Flächen gehört, fordern wir, 5 Prozent der Waldfläche dauerhaft sich selbst zu überlassen und als Wildnisflächen zu schützen.

Zusatzfrage: Ressortzuständigkeit im Kontext Klimawandel

Angesichts der zunehmenden Bedeutung des Waldes für Klimaschutz, Hochwasservorsorge, Biodiversität und Gesundheit stellt sich die Frage nach der politischen Zuständigkeit.

Frage: Wie stehen Sie zu einem möglichen Ressortwechsel der Forstzuständigkeit vom Landwirtschaftsministerium in das Umweltministerium, um Klima- und Gemeinwohlfunktionen stärker zu gewichten?

Antwort:

Aus unserer Sicht müssen Wald, Umwelt, Landwirtschaft und Ernährung strategisch zusammengedacht werden. Eine Zusammenführung der Landwirtschafts- und Umweltministerien kann durchaus helfen, Zielkonflikte sachorientiert und wissenschaftlich abzuwägen. Ein reiner Ressortwechsel ist jedoch kein Automatismus für bessere Politik. Viel wichtiger ist es letztlich, klare,

verbindliche Zielvorgaben für die ökologischen Waldfunktionen zu formulieren und diese Bereiche personell und finanziell besser auszustatten.

Beste Grüße

Kim Sophie Bohnen, Die Linke